



3. Newsletter Grüne Umwelt-, Bau-, Stadtentwicklungs-, Verkehrs-, Verbraucherschutz- und Energiepolitik, 15.11.2011

Vielfalt statt Vermaischung ein Beitrag von Anne Schierenbeck

Viele Menschen sehen die zunehmende „Vermaischung“ unserer Landschaft kritisch. Auch im Umland von Bremen nehmen wir diese Veränderungen wahr: Wo früher Ackerflächen sich mit offenem Weideland abwechselten, steht heute Maisfeld neben Maisfeld. Häufig wird die zunehmende Zahl an Biogasanlagen dafür als Ursache genannt. Ein weiterer wichtiger Grund ist jedoch die immer noch zunehmende Massentierhaltung und der damit verbundene Bedarf an Futtermitteln.

Nach Angaben des Deutschen Maiskomitees e. V. ist im Jahr 2011 in Deutschland die Anbaufläche von Mais etwa um 4,4 Prozent gewachsen. Zwischen den einzelnen Bundesländern und Regionen zeigen sich große Unterschiede. Die größten Maisanbauflächen befinden sich in Niedersachsen und Bayern. Hier sind auch die Landkreise mit der höchsten Rindviehdichte zu finden. Der Zusammenhang: Rinder werden in Deutschland längst nicht mehr nur mit Gras vom Grünland gefüttert, sondern zunehmend mit Mais. Die Gesamtanbaufläche für Mais beträgt derzeit in Niedersachsen rund 550.000 ha. Dies entspricht rund 28 Prozent der Ackerfläche Niedersachsens. Dabei wird mit etwa 165.000 ha jeder dritte Maisacker für die Biogaserzeugung genutzt.

Um die Akzeptanz von Biogasanlagen zu sichern, sind dringend Regelungen erforderlich, die eine weitere Vermaischung unserer Landschaft und Monokulturen verhindern. Das heißt für die Biogasanlagen die Einhaltung einer mindestens dreigliedrigen Fruchtfolge. Diese Anforderungen könnten z.B. im Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) verankert werden, das die Vergütung von in Biogasanlagen erzeugtem Strom regelt. Auf diese Weise könnten durch die Energiewende und den Anbau von wechselnden Energiepflanzen sogar positive Effekte für die Biodiversität erzielt werden.

Genauso wichtig ist aber der Stopp des Ausbaus der Massentierhaltung! Noch immer wird in den Bau großer Ställe mit zunehmend mehr Tieren investiert. Dabei wird in Deutschland schon heute mehr Fleisch produziert als gegessen und der Fleischexport steigt weiter an. Die Privilegierung, die Landwirten den Betrieb von Massentierhaltungsanlagen erlaubt, ist daher abzuschaffen. Für Tierfabriken sind bei der Genehmigung die gleichen Regeln anzulegen wie für andere Industriebetriebe auch.

Letztendlich sind wir als VerbraucherInnen gefragt: also nicht nur auf Ökostrom umsteigen, sondern auch weniger Fleisch essen und vor allem auf Fleisch aus Massentierhaltung verzichten!

Aktuelles

1. *Giga- oder Gagalinier?* Gegenwärtig läuft die Debatte um einen Feldversuch zur Einführung von Lkw-Gespanssen, die über 25 Meter lang sind, an dem Bremen sich nicht beteiligen wird. Ralph Saxe, grüner Wirtschafts- und Verkehrspolitiker, führte in der Bürgerschaft letzte Woche Gründe für die Ablehnung der Einführung von Gigalinern an: „Die Problemanzeigen sind zahlreich und mit kostspieligen Folgen: Tunnel sind teilweise neu zu konzipieren, das betrifft auch den neuen Tunnel in Bremerhaven, weil sich Brandschutzbelange durch die neue Fahrzeugmaximallänge verändern. Ampelschaltungen sind neu zu justieren, Bahnübergänge genauso. Kreisverkehre sind umzubauen. Ungünstige Kurvenlaufeigenschaften der Gigas sind der Grund. Leitplankensysteme sind weder von der Länge und noch weniger vom Gewicht bei 60 Tonnen auf einen Aufprall ausgerichtet. Bei diesen schwereren Fahrzeugen wären auch erhebliche Kosten für Brückenumbau zu berücksichtigen. Ungünstige Fliehkräfte bedeuten eine erhebliche Schädigung der Straßensubstanz. Und bei Sperrungen von Straßen: Bleiben dann die Gigas einfach stehen, weil sie im normalen Netz nicht ansatzweise gefahrlos rangieren können? Gigas als Verkehrshindernis, aber nicht als Lösungsweg gegen den Verkehrskollaps. Die Autobahn-Rastplätze sind nicht auf Gigalinier ausgerichtet. Es fehlen schon jetzt 8000. Fehlende Ruhezeiten könnten als Folge brandgefährlich sein. Das kleine Österreich hat mehrere Milliarden Umbaukosten für Gigas veranschlagt und dies nicht als Komfortvariante. Gigalinier stehen potenziell für Giga-Kosten.“

Weitere Ausführungen zur Bürgerschaftsdebatte finden sich hier:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/395/395930.die_sitzungen_im_november_2011.html

2. *Ertüchtigung von Kohlekraftwerk ist klimaschädlicher Irrweg!* Die Grünen bewerten die Entscheidung der swb, das alte Kohlekraftwerk im Bremer Industriehafen zu ertüchtigen, als fatales Signal für den Klimaschutz. Dazu erklärt die energie- und klimaschutzpolitische Sprecherin Anne Schierenbeck: „Der klimaschädliche CO₂-Ausstoß ist im Vorjahr weltweit so dramatisch gestiegen wie noch nie. Damit werden die schlimmsten Befürchtungen zur Geschwindigkeit der Erderwärmung weit übertroffen. Die Verbrennung von Kohle ist mit ihrem hohen CO₂-Ausstoß die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung. Die Ertüchtigung des alten Kohlekraftwerkes im Industriehafen ist ein energiepolitischer Irrweg. Der ohnehin schlechte Wirkungsgrad der Anlage wird für zig Millionen Euro gerade mal um 2,5 Prozent erhöht und die Leistung des Kraftwerks um 22 MW auf 300 MW gesteigert. Dabei steht mit modernen Gas- und Dampfturbinenkraftwerken eine Alternative zur Verfügung, die einen höheren Wirkungsgrad hat und wesentlich klimafreundlicher ist. Die Investition in eine klimaschädliche Technik wie die Kohlekraft bindet Mittel, die für den dringend nötigen Ausbau der erneuerbaren Energien fehlen.“

Es gibt jedoch auch eine gute Nachricht. Die swb hat erstmals bekannt gegeben, welche der alten Kraftwerke nun abgeschaltet werden sollen: Block 3 auf dem

Gelände der Stahlwerke wird 2012 abgeschaltet. Die Blöcke 5 (Kraftwerk Hafen) und 14 (Kraftwerk Hastedt, Erdgas) sollen in die Kaltreserve gehen.

3. *Masterplan für Fahrradverkehr!* Unsere wesentlichen Ziele und Ideen im Bereich Fahrradverkehr in Bremen finden sich komprimiert auf zwei Seiten zusammengefasst. Den Download gibt es hier:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/393/393422.masterplan_fuer_fahrradverkehr.pdf

4. *Auf Nahrungsmittel aus Massentierhaltung verzichten!* Der Senat kann nicht ausschließen, dass in Kantinen, Mensen und Cafeterien öffentlicher Einrichtungen in Bremen Produkte aus Massentierhaltung angeboten werden. Denn die Herkunft der verwendeten Produkte wird nicht zentral erfasst, die Einhaltung der vorgegebenen Standards nicht kontrolliert. Das geht aus einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen hervor. Dazu erklärt der Verbraucherschutzpolitische Sprecher Jan Saffe: „Wir alle kennen die Bilder von leidenden Tieren in Agrarfabriken. Wir wollen, dass Bremens Mitverantwortung für die Massentierhaltung mit all ihren - z.B. durch den massiven Antibiotika-Einsatz - negativen Folgen auch für die Menschen beendet wird. Mit dem Umstieg auf Produkte aus tiergerechter Haltung kann Bremen helfen, das Leid der Tiere zu verringern. Die Stadt muss in punkto Ernährung ihrer Vorbildfunktion für die VerbraucherInnen gerecht werden. Erste gute Ansätze gibt es im Kita- und Schulbereich. Wir haben im Vergabesystem ökologische und soziale Kriterien verankert und sind Hauptstadt des fairen Handels – jetzt gilt es auch den Verbraucherschutz mit gesunden Nahrungsmitteln aus fairer Produktion in öffentlichen Einrichtungen weiter voranzubringen.“

Die Grünen erwarten, dass die Herkunft tierischer Produkte in bremischen Einrichtungen künftig dokumentiert wird. Erst das ermöglicht belastbare Zahlen, um gegenzusteuern. Nicht zuletzt machen sich die Grünen für eine gesetzliche Verpflichtung zur Kennzeichnung der Haltungsförm für Fleisch- und Milchprodukte stark, wie das für Eier bereits der Fall ist.

Bürgerschaft, Deputationen & Senat

1. *Transporte von Kernbrennstoffen verbieten!* Mit der letzte Woche in erster Lesung in der Bürgerschaft beschlossenen Änderung des Hafenbetriebsgesetzes unternimmt Bremen einen Schritt zum Untersagen von Kernbrennstofftransporten über Bremische Häfen, der in seiner rechtlichen Begründung einen neuen Weg beschreitet, wie er von anderen Hafenstädten bislang nicht versucht wurde. Anne Schierenbeck, energiepolitische Sprecherin, nannte die drei zentralen Gründe für den Gesetzesantrag: 1. Die Sicherheit der Bevölkerung bei Atomtransporten verbessern. 2. Den Export von Kernbrennstoffen so weit wie möglich verhindern. 3. Die Lösung der Atommüll-Problematik voranzutreiben.

Die Erläuterung dieser drei zentralen Gründe sowie die Position von Frank Willmann, hafenpolitischer Sprecher der Fraktion, findet sich hier:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/395/395930.die_sitzungen_im_november_2011.html

2. *Nachhaltigkeit der Europäischen Fischereipolitik sichern!* In ihrer Mitteilung zur Gemeinsamen Fischereipolitik hat die Europäische Kommission Missstände in der bisherigen Fischereipolitik der EU analysiert, Vorschläge für Änderungen unterbreitet und damit einen wichtigen Schritt in Richtung Nachhaltigkeit der Europäischen Fischereipolitik gemacht. Mit ihrer Antragsinitiative in der Bürgerschaft letzte Woche sah die Grünen-Fraktion allerdings die Vorschläge der EU-Kommission noch nicht als ausreichend an, um eine nachhaltige Nutzung der Fischereibestände zu gewährleisten. Frank Willmann, fischereipolitischer Sprecher, zu der Frage, warum eine neue Politik vonnöten ist: „Die Fischereipolitik der EU bedarf dringend einer Reform. Die Flotten fangen mehr Fische als natürlich nachwachsen können. Dadurch werden die einzelnen Fischbestände erschöpft und das Meeresökosystem bedroht. Heutzutage sind drei von vier Beständen überfischt: 82 Prozent der Bestände im Mittelmeer und 63 Prozent der Bestände im Atlantik. Die Fangerträge gehen zurück, und der Fangsektor sieht einer ungewissen Zukunft entgegen.“

Weitere Informationen hierzu unter:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/395/395930.die_sitzungen_im_november_2011.html

3. *„Monster-Schredderanlage“ am Waller Feldmarksee ist vom Tisch!* Schon in der letzten Wahlperiode wurde der Senat aufgefordert, für den Bereich der Waller Feldmark die bauplanerischen Voraussetzungen zu schaffen, die eine Errichtung einer großen Betonschredderanlage ausschließt. Ein Unternehmer erstritt vor Gericht zunächst noch das Recht, eine solche Brecheranlage für Bauabfälle auf der angrenzenden noch freien Deponiefläche errichten zu dürfen: Bremen hätte dokumentieren müssen, welche präzisen Planungsziele es für den Bereich zwischen Deponie und Feldmarksee gebe, heißt es im Urteil. Dies wird nun mit dem weiterentwickelten Bebauungsplan 2422 nachgeholt. Danach muss das Naherholungsgebiet vor zusätzlichen Belastungen durch Lärm und Staub geschützt werden: Eine sogenannte Veränderungssperre soll zudem dafür sorgen, dass bis zum Abschluss des Bebauungsplan-Verfahrens keine Fakten am Waller Feldmarksee geschaffen werden.

Dazu die umweltpolitische Sprecherin der grünen Fraktion, Maike Schaefer: „Wir Grüne sagen ganz klar: wir werden alles dafür tun, um diese Schredderanlage dort zu verhindern. Wir fordern zeitgleich den Senat auf, einen verträglichen Alternativstandort zu finden. Aber eine Salami-Taktik um das Gebiet rund um den Waller Feldmarksee zum Industrieerweiterungsgebiet werden zu lassen, machen wir definitiv nicht mit. Aus diesem Grund stimmen wir dem 160. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für den Geltungsbereich des Bebauungsplans 2422 für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Waller Straße, Kanal (Maschinenfleet), Waller Fleet und Fahrwiesendamm mit Ausnahme der Bauabfallrecyclinganlage (RAB), Fahrwiesendamm 100 zu.“

Termine

1. *Mobilität ohne Zukunft?* Unter diesem Titel steht ein Vortrag mit anschließender Podiumsdiskussion am heutigen Dienstag um 19 Uhr in der Galerie

www.gruene-fraktion-bremen.de

Plantage 13, Eingang 26 in Findorff. Diskutieren werden u.a. Prof. Knoflacher (TU Wien), Dr. Ulsamer (Daimler Stuttgart) und der grüne Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Dr. Lohse.

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen



Maike Schaefer, umwelt- und naturschutzpolitische Sprecherin
maike.schaefer@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-246)



Anne Schierenbeck, energie- und klimaschutzpolitische Sprecherin
anne.schierenbeck@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-167)



Ralph Saxe, verkehrspolitischer Sprecher
ralph.saxe@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-160)



Carsten Werner, bau- und stadtentwicklungspolitischer Sprecher
carsten.werner@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-154)



Jan Saffe, verbraucherschutzpolitischer Sprecher
jan.saffe@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-243)



René Zimmermann, Referent für Stadtentwicklung, Verbraucherschutz,
Bürgerbeteiligung
rene.zimmermann@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-242)

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:
<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/umwelt.bremen>

Hinweis: Für Inhalte externer Links und Publikationen wird keine Haftung übernommen!